

Sattler, Tapezierer- und Portefeuille-Zeitung

Organ zur Förderung des Gesamtwohls aller in Sattlereien, Portefeilles-, Ledergalanterie- und Reiseeffektenbetrieben, sowie im Tapezierergewerbe und den verwandten Nebenberufen beschäftigten Arbeiter, Arbeiterinnen, Lehrlinge usw.

Publikationsorgan der Berufsrankenfassen

Inserate kost. d. 4gespalt. Nonp.-Zeile Stellen-
angeb. 2000 Mt., alles sonstige 3000 Mt.

Verlag und Redaktion: Berlin SO. 16, Brüdenstraße 10 b^{III}
Fernsprecher: Ami Northpol Nr. 2120

Erscheint wöchentlich. Preis 60 Mt. pro
Quartal. Zu beziehen durch alle Postanstalten

Wertbeständigkeit und Beiträge!

Gegenwärtig, wo alle Werte täglich nein, stündlich im Kurs fallen, führt jedermann das Stedenpferd des Problems der Wertbeständigkeit spazieren. Die Wertbeständigkeit der Sachwerte, der Substanz, der beweglichen und unbeweglichen Güter, besteht über jeden Zweifel; im Gegenteil, der Wert derselben steigt im gleichen Tempo wie unsere Zahlungsmittel im Werte fallen. Das Problem, die Löhne und Gehälter wertbeständig zu machen, ist noch nicht gelöst; ja, es ist noch nicht einmal möglich gewesen, die Löhne im gleichen Tempo zu erhöhen, wie es die Entwertung der Mark bedingt.

Aber nicht allein die Löhne sind bereits entwertet, wenn sie der Lohnempfänger erhält; dasselbe Los trifft auch die Beiträge.

Vergessen wir nicht auch die Wertbeständigkeit der Beiträge herbeizuführen und zu erhalten!

Um die Organisation mobil und schlagfertig zu erhalten, hat der Verbandsrat in Offenbach den Grundsatz aufgestellt, als Wochenbeitrag ist ein Stundenlohn zu erheben. Dem Vorstand wurde die Möglichkeit gegeben, die Wochenbeiträge den steigenden Stundenlöhnen jeweilig anzupassen. Es ist also alles gesehen, damit die einzelnen Ortsverwaltungen in der Lage sind, rechtzeitig die entsprechenden Beitragsmarken zu beschaffen und auszugeben.

Im allgemeinen wird der Verbandsratsbeschluss auch beachtet und es wird nach dem Grundsatz, ein Stundenlohn ein Wochenbeitrag, gehandelt.

Leider gibt es aber noch verschiedene Filialen, die unter allerlei Gründen sich beharrlich weigern, dem Verbandsratsbeschluss Geltung zu verschaffen. Ja, es gibt sogar Ortsverwaltungen, in deren Bezirk die höchsten Stundenlöhne verdient werden, die es nicht fertigbringen, die Mitgliedschaften zur richtigen Beitragszahlung zu erziehen.

Wenn die Verbandsleitung, und namentlich der Hauptkassierer, diesen Orten dann eine Erinnerung an ihre Verpflichtung sendet, sind die Betreffenden höchst unangenehm berührt. Dann wird oft unnütz hin und hergeschrieen, ohne daß in der Angelegenheit eine Besserung erzielt wird.

Ist es schon unrecht, zu niedrige Beiträge zu erheben, so wird das Übel noch verschlimmert dadurch, daß manche Mitglieder es fertig bringen, mit ihren Beiträgen weit im Rückstand zu bleiben. Zahlen sie dann nachträglich oft erst nach Wochen, dann ist das Geld bereits dewert entwertet, daß der tatsächlich gezahlte Betrag in keiner Weise dem eigentlich fälligen gemeinsamen Beitrag noch entspricht.

Es muß deshalb stillerweise verlangt werden, daß jedes Mitglied seinen Beitrag für die laufende Woche in voller Höhe des dafür geltenden Stundenlohnes an die Verbandskasse entrichtet. Bleibt es damit im Verzug, so ist es natürlich verpflichtet, die rückständigen Wochen in derselben Nominalhöhe zu entrichten, die zur Zeit der Zahlung üblich ist, das ist der geltende Stundenlohn. In dem Artikel „Unser Haushalt“ ist bereits das Übrige über diese Frage gesagt worden, ohne daß es überall Beachtung gefunden hat.

Unsere Organisation kann nur gedeihen, wenn überall der Wille vorhanden ist, ihre Leistungsfähigkeit zu steigern. Ebenjogut wie es berechtigt ist zu fordern, daß die Organisation leistungsfähig, was sie zu leisten verpflichtet ist, ebenso berechtigt ist es, zu fordern, daß die Mitgliedschaften das an Beiträgen leisten, was erforderlich ist, damit diese Pflicht erfüllt werden kann.

Die Geldentwertung stellt immer höhere Anforderungen an die Finanzen des Verbandes. Die Papierpreise sind am 3. August auf 55 000 Mt. pro Kilo erhöht worden; wahrscheinlich wird bereits eine neue Erhöhung vorbereitet. Die Druckerei fordert bereits seit langem Vorauszahlung hoher Summen von den Zeitungsverlegern, weil sie selbst nicht in der Lage ist, die Millardenbeträge für Papierbestellungen flüssig zu machen, die von den Fabrikanten vor der Papierlieferung verlangt werden. Erfolgt die Vorauszahlung nicht, dann liefert die Fabrik nicht. Die hohen Papierpreise bedingen, daß alle anderen Materialien, Bücher, Karten, Statuten, Protokolle, Formulare usw., enorm versteuert werden. Wie wir auch zu sparen versuchen, die Ausgaben steigen unausgesehrt.

Es ist auch unrecht und verbandschädigend, wenn die Ortskassierer die Gelder, die der Hauptkasse zugeführt werden sollen, erst dann absenden, wenn sie bereits völlig entwertet sind. Wer sich das alles ohne Voreingenommenheit überlegt, der muß erkennen, daß jetzt anders gemittelt werden muß als früher in normalen Zeiten. Durch alle die oben angeführten Ursachen: niedrige Beiträge, säumige Beitragszahlung und Nachzahlung mit entwerteten Markbeiträgen, zu später Abführung an die Hauptkasse, gehen dem Gesamtverbande große Summen verloren. Es ist nicht schwer, das einzusehen; leider gehen aber die vielen aktiven darüber hinweg, die nur alles von ihrem lokalen Gesichtswinkel aus zu betrachten und zu bewerten suchen.

Jede unrichtige und säumige Beitragsleistung, jede Verzögerung der Ablieferung der vereinnahmten Gelder an die Hauptkasse schwächt die Aktionkraft des Verbandes, hindert ihn in seiner Tätigkeit, für das Wohl der Mitglieder zu sorgen.

Wir wünschen und hoffen, daß wir diese Zeiten nicht vergebens schreiben, daß sie vielmehr den Erfolg haben, daß nimmere alle Orte wetteifern und den Verbandsratsbeschluss beachten: Ein Stundenlohn ein Wochenbeitrag.

Wertbeständigkeit der Löhne bedingt auch Wertbeständigkeit der Beiträge!

Kommt endlich das Ende der Inflation?

Die Aufblähung der deutschen Geldmehrwirtschaft hat einen Höhegrad erreicht, der von katastrophaler Wirkung auf unser gesamtes Wirtschaftsleben sein muß. Man zahlt jetzt für eine Unterhose eine Kaufsumme von 1 1/2 Millionen Mark, der Arbeiter muß die kleinsten Gegenstände mit Unsummen bezahlen; ein Glas Bier kostet jetzt ungefähr soviel wie früher ein ansehnliches Hausgrundstück. Wie lange soll dieser Zustand noch künstlich aufrechterhalten werden. Die Inflation ist für die Sachwertbesitzer das Mittel, sich der Zahlungspflicht für die Interessen des Staates zu entziehen. Noch immer werden neue Massen von Papiermark gedruckt und auf den Markt geworfen. Wie lange soll dieses noch fortbauern? Die Industrie, der Handel und die Banken haben sich bereit erklärt, die benötigten Devisen im Betrage von 500 Millionen Goldmark der Regierung zur Verfügung zu stellen, damit wird die Wertbeständigkeit der auszuliegenden Goldanleihe gesichert. Wird diese Aktion aber die Wirkung haben, den weiteren Verfall der Mark aufzuhalten? Wenn man den bisher bestehenden Druck von Papiermarkscheinen forsetzt, sicher nicht. Dann wird die Kaufkraft der Mark nur noch geringer werden als sie es ohnehin schon ist. Wenn dann kein Mensch sich findet, der

gegen Mark Sachwerte, Lebensmittel usw. hergibt, wie es sich bereits bemerkbar macht, dann ist die Katastrophe da.

Der Reichsbank wird der Vorwurf gemacht, sie habe diesen Zustand selbst herbeiführen helfen, indem sie gegen billigen Zins den Spekulanten die Mittel zur Verfügung stellte zum Devisenkauf und -wiederverkauf. Auf diese Weise konnten diese Leute in kurzer Zeit riesige Summen verdienen auf Kosten des allgemeinen Wohls. Das Reich wiederum bedeckte seine Ausgaben nicht durch Einnahmen, sondern durch die Notenpresse. Nach einer sachmännischen Berechnung hatte das Reich im April, Mai und Juni 1923 im Durchschnitt dieser drei Monate eine monatliche Ausgabe von 320 Millionen Goldmark, dagegen nur eine Einnahme von 80 Millionen Goldmark. Das Defizit beträgt somit nicht weniger als 240 Millionen Goldmark im Monatsdurchschnitt. Diese gewaltige Last der Staatsausgaben muß das deutsche Volk schleppen infolge der Inflation, der Aufblähung unserer Geldwirtschaft; im allgemeinen sind das bekanntlich die arbeitenden Klassen, die Gehalts- und Lohnempfänger. Vor allem ist es notwendig, daß endlich der Steuerdrückbergerei der arbeitenden Klassen, der Geschäftsleute usw. ein Riegel vorgeschoben wird. Jeder Geschäftsmann hat mindestens das Einkommen eines Arbeiters, er muß also auch soviel Steuern wie dieser zahlen können. Schon vor Jahren ist diese einfache Tatsache festgestellt worden, ohne daß es den Steuerkommissionen und Steuerbehörden einfiel, hier einmal fest zuzugreifen und diese Kreise zur Tragung der Steuerlasten mit heranzuziehen, wie es sich gehört. Das Tollste an diesen Zuständen ist aber die weitere Tatsache, daß diese Kreise die paar Mark Steuern schließlich entrichten, wenn es dazu kommt, wenn die Mark längst weiter entwertet ist. Seltensfalls sind das Zustände, die unhalbar sind und deren endliche Beseitigung jetzt energisch verlangt werden muß.

Im „Berliner Tageblatt“ vom 7. August Nr. 367 beschäftigt sich Prof. Dr. Julius Hirsch, Staatssekretär a. D., eingehend mit der Bilanzierungsmöglichkeit des staatlichen Etats. Er resumiert sich dahin, daß der Reichstag, wenn er nicht den Vorwurf der Untätigkeit und den einer schuldhaften Vorschubleistung unserer Finanz- und Wirtschaftsstaatsrophe hinzufügen will, den Mut und die Kraft finden müsse, für die Deckung des Etats durch richtige Staatseinnahmen den Weg zu finden.

Dazu sind erforderlich:

1. Bällige sofortige Beseitigung der Papiermarkkreditgabe der Reichsbank.
2. Beseitigung der Inflation durch Herausholung der für den Staatsbedarf nötigen Mittel aus der Wirtschaft, welche sie auch jetzt letzten Endes aufbringt.
3. Beschleunigung der Valutafestigung durch eine neue planmäßige und geschickt durchgeführte Intervention am Devisenmarkt, wofür die notwendigen Devisen aus der Wirtschaft zu entnehmen sind.

Dieses Rezept, um den tranken Staat wieder gesund zu machen, klingt soweit ganz einfach. Leider fehlt aber Erfahrung, daß gerade die einfachen, selbstverständlich erscheinenden Dinge sehr schwer durchführbar sind. Was kann man schon an durchgreifenden Reformen erwarten von einem Reichstage, der doch längst bewiesen hat, daß in ihm keine Weisheit vorhanden ist, die entflohen wäre, energisch der Inflation in unserer Wirtschaft zu Leibe zu gehen.

Man hat vielmehr das Empfinden, als wenn diese Reichstagsmehrheit sich unter der herrschenden Inflation in unserer Wirtschaft ganz wohl fühlten.

Als die Stabilisierungsaktion seinerzeit unter-

nehmen wurde, fiel alles Sturm gegen die Regierung

und man ruhte nicht eher, bis die Aktion aufgegeben

war. Alles fürchtete sich vor dem Augenbilde, an

welchem es mit dem Einstellen der Notenpresse ernst

wird. Und doch muß es einmal kommen.

Die Geschichte der Marktentwertung ist ein dunkles

Kapitel, die letzte bekanntlich Ende Juni 1922 nach

der Ermordung Walter Rathenaus erst richtig ein.

Man hatte den Eindruck, als wenn damals die Groß-

industrie ordentlich befreit aufatmete, daß der stärkste

Hemmschuh der Marktentwertung aus dem Wege ge-

räumt war.

In der Beurteilung der jetzigen Situation ist die

Presse sich soweit einig, daß die Geldentwertung das

letzte Stadium erreicht hat. Wenn der Staat nicht

Konferenz geladen, an der auch Vertreter des

ADGB, der SPD, und der KPD teilnahmen.

Wels berichtet im Lusttage der SPD. Es sei

gelungen, 50 Millionen Goldmark zur Einfuhr von

Lebensmitteln aus Beständen der Wirtschaft zu

erhalten. Der Mangel an Fetten und Lebens-

mitteln werde in kurzer Zeit behoben sein. Industrie,

Handel und Banken wären gezwungen worden,

200 Millionen Goldmark zur Stützung der Mark

herzugeben. Die Finanzreform würde restlos ver-

wirklich werden.

Die Konferenz sprach der Regierung Cuno das

Vertrauen ab und fordert die Arbeiter auf, nur

den Parolen der Gewerkschaftsorganisationen zu

Laufschne, daß die deutsche Technik in Gefahr sei, offen

zugegeben werde. Der Verfasser R. Hartmann legt

zunächst dar, daß für die Existenz der überaus

europäischen Kulturstaaten die technisch-industrielle

Leistungsfähigkeit von grundlegender Bedeutung, und

daß die Kulturhöhe letzten Endes von der technischen

Weiterentwicklung abhängig sei. Das wichtigste sei

jedoch die Anwendung solcher technischer Verbesserun-

gen, die erst den Erfolg bringen können. Der

personelle Erfolg sei um so größer, je teurer die Ar-

beitskraft ist, die erlernt wird und je billiger sich dazu

die maschinelle Verbesserung stellt. In Amerika, wo

sich die menschliche Arbeitskraft schon immer am

meisten stellt, habe man auch die meisten arbeit-

sparenden Maschinen eingeführt.

In Deutschland soll sich nun (eine Folge der nie-

Wirtschaftliches.

Die deutsche Finanzwirtschaft steht dicht vor dem

Abgrund, nein, sie ist bereits in den Abgrund gestürzt!

Was wir in den letzten Tagen erlebt haben, ist ein-

schon unbeschreiblich. Solche tolle Kurssteigerungen

und Steigerungen hätte niemand für möglich gehalten.

Am 6. August stand der Dollar in New York auf

2083 333 gegen 1052 737 M. am 2. August. Am

9. August bereits auf 3 571 428 M. In Berlin wurde

der amtliche Kurs am 9. August mit 4 372 150 M.

notiert, im freien Verkehr aber soll der Dollar mit

6 500 000 M. gekauft worden sein. Dieser tolle Tanz

Der Endkampf an der Ruhr!

Unter diesem Titel versendet die Zentrale für

Heimatsdienst eine Broschüre von Richard Wolff, der

über dieses Thema in einer Reihe von Städten Vor-

Technisch-organisatorische Rück-

ständigkeit in der deutschen Industrie.

Im Korrespondenzblatt des ADGB, Nr. 29,

Wirtschaft wieder hochzukommen besteht darin, unsere Wirtschaft wieder leistungsfähig zu gestalten, unsere produktive Kraft auf das höchste Maß zu steigern. Die Entwicklung unserer Wirtschaft befindet sich auf dem Wege zum Hochkapitalismus, zur Amerikanisierung. Nur in der Fähigkeit, ertragreich zu wirtschaften, konkurrenzfähig zu produzieren, liegt die Voraussetzung, in der Weltwirtschaft bestehen zu können. Das könne aber nicht erreicht werden, indem die Lebenshaltung der breiten Massen herabgedrückt wird, auch nicht dadurch, daß der Arbeitstag verlängert wird. Das sei nur durch eine feinorganisierte, ergebnis umgemertete Wirtschaft erreichbar.

Dazu gehört eine neue Wirtschaftsgebarung bei den Unternehmern wie bei den Arbeitern. Der Unternehmer muß es lernen, auch den Menschen im Produktionsprozeß zu achten. Der Arbeiter aber muß zur Erkenntnis erlangen, daß er mitverantwortlich an dem Gedeihen der Wirtschaft ist. Er muß hineinwachen in die Aufgaben, mitwirken und mitbestimmen im Produktionsprozeß, er muß sich daran gewöhnen, immerhin Anteil zu nehmen an der Arbeit. Die Mächte der Zukunft, welche die Gestaltung der deutschen Wirtschaft bestimmen, sind das Unternehmertum und die Arbeiterkraft. Die natürlichen Interessensgegensätze werden dessen unbedacht ausgeglichen werden müssen, darüber hinaus aber werden gemeinsame Räte, gemeinsame Sorgen die Zusammenarbeit notwendig bedingen.

Als die Ruhrbesetzung ihren Anfang nahm, haben wir uns über die Folgen derselben sehr pessimistisch geäußert. Es war vorauszu sehen, daß der passive Widerstand mit der Verschärfung der Pressionen durch die Befehlshaberarmee und der zunehmenden Nahrungsmittelknappheit mehr und mehr nachlassen werde. Wenn das bereits der Fall zu sein scheint, dann hat es nicht viel Zweck und Nutzen, den Kopf in den Sand zu stecken und so zu tun, als sähe man nicht, was dort sich abspielt. In den Zeitungen konnte man bereits lesen, daß zwischen den deutschen und französischen Unternehmern schon verhandelt wird, Fühlung miteinander zu nehmen. Wenn das der Fall ist, dann wird es kaum noch lange dauern, und man wird bewußt darüber reden müssen.

Wie dann die Auswirkung auf die deutsche Wirtschaft sein wird, läßt sich schwerlich voraussagen. Was indes auch geschehen mag, den Glauben haben wir auch, daß Deutschland nicht untergehen kann, wenn das deutsche Volk das Vertrauen in seine eigene Kraft nicht verliert. Es sieht jetzt wirklich hofflos aus, wenn wir an alles denken, was noch kommen kann, trotzdem müssen wir uns aufreissen und unsere ganze Energie zusammennehmen, denn nur über fest auf dem Sinne beharrt, der bildet die Welt sich!

Die neue Fassung des Hausarbeitsgesetzes.

In Heft 14 vom 16. Juli des „Reichsarbeitsblattes“ wird der Wortlaut des am 1. Juli 1923 in Kraft getretenen sogenannten Heimarbeiterlohngesetzes veröffentlicht.

Die Gewerkschaften haben in jahrelangem Ringen bemüht, die Lohn- und Arbeitsbedingungen auch der Heimarbeiterchaft menschenwürdig zu gestalten. Auch in der Portefeulierbranche, besonders im Offenbacher Bezirk, mußte oft Sturm gegen die Schäden in der Heimarbeiterfrage gelaufen werden. Dann ist es endlich gelungen, die Lohn- und Arbeitsbedingungen auch der Heimarbeiter tariflich mitzugleichen. Ohne Organisation ist natürlich eine tarifliche Regelung unmöglich und unhaltbar. Aber gerade die Heimarbeiter sind organisatorisch immer schwer zu erfassen und zu halten. Der Bezirksheimarbeiterversband z. B., wo die Heimarbeiter einen gewaltigen Umfang erreicht hat, kann in dieser Hinsicht auf trübe Erfahrungen zurückblicken. Die neue Fassung des Gesetzes bringt endlich Nachauschüsse mit dem Recht der Lohnfestsetzung.

Die Nachauschüsse sollen aber nur dann eingreifen, wenn die tariflich gezahlten Löhne unzulänglich sind und wenn eine freie Verständigung, insbesondere im Tarifvertrags, nicht zustande kommt. Die Nachauschüsse sollen ferner auch die Aufgabe der gesetzlichen Schlichtungsausschüsse bei Arbeitsstreitigkeiten von Heimarbeitern übernehmen.

Es sind also wichtige Aufgaben, die den Nachauschüssen zufallen. Wieweit sie von den Ausschüssen erfüllt werden, wird in der Hauptsache von ihrer Zusammensetzung abhängen. In Berücksichtigung des Umstandes, daß aus freier Wahl der Heimarbeiter wohl kaum ein brauchbarer Nachauschuß hervorgerufen wird — wenn überhaupt eine Wahl zustande kommt —, steht das Gesetz vor, daß die Vertreter für die Nachauschüsse von der obersten Landesbehörde „auf Grund von Vorschlagslisten der im Bezirke des Nachauschusses bestehenden wirtschaftlichen Vereinigungen von Arbeitgeberern oder Arbeitnehmern, deren Gewerbetreibende oder Hausarbeiter des Gewerbezweigs als Mitglieder angehören, bestellt.“

Gehört ein erheblicher Teil der in Betracht kommenden Gewerbetreibenden oder Hausarbeiter solchen

wirtschaftlichen Vereinigungen nicht an, so ist der Bezirkswirtschaftsrat aufzufordern, Vertreter, die auf den Vorschlagslisten nicht enthalten sind, vorzuschlagen.“ Solange Bezirkswirtschaftsräte noch nicht bestehen, ermitteln die oberste Landesbehörde die Vertreter nach Anhörung Sachkundiger, wobei auch Vertreter von Minderheiten berücksichtigt werden sollen. Für unseren Bezirk kommt das kaum in Betracht, weil wie schon gesagt, die Lohn- und Arbeitsverhältnisse der Heimarbeiter bereits tariflich geregelt sind.

Der Wochenindex.

Trotz der bereits bestehenden ungeheuren Preissteigerung zeigte der Wochenindex am 6. August eine Steigerung gegen die Vorwoche um 109,2 Proz. Die Lebenshaltungskosten sind damit auf das 149,53fache gestiegen. Nachstehend die Steigerung seit 10. Juni:

| Datum | Steigerung gegen Vorwoche | Steigerung gegen 10. Juni |
|----------|---------------------------|---------------------------|
| 10. Juni | 6 002fache | — |
| 17. Juni | 6 950 „ | 16 „ |
| 24. Juni | 9 272 „ | 33 „ |
| 1. Juli | 11 785 „ | 28 „ |
| 8. Juli | 16 180 „ | 37 „ |
| 11. Juli | 21 511 „ | 38 „ |
| 16. Juli | 28 892 „ | 34,3 „ |
| 23. Juli | 39 336 „ | 36,1 „ |
| 30. Juli | 71 476 „ | 81,7 „ |
| 6 August | 149 531 „ | 109,2 „ |

Soziales.

Lehrstellenangebot und Nachfrage. Bekanntlich wird vielfach behauptet, die heranwachsende Jugend wolle kein Handwerk mehr erlernen, sondern strebe danach, so schnell wie möglich recht viel Geld zu verdienen, um das Leben genießen zu können. Weiter soll die große Annäherung der Löhne ungelerner Arbeiter an die der gelernten Kräfte mitgeführt haben, daß die Bewerbung nach Lehrstellen nachgelassen habe. In der „Sozialen Praxis“, Nr. 21, vom 24. Mai 1923, weist nun Dr. Hübeger Sachs, Hamburg, nach, daß das Gegenteil richtig ist. Danach übersteigt die Nachfrage nach Lehrstellen das Angebot ganz beträchtlich. Natürlich gibt es einige durch besondere berufliche oder örtliche Verhältnisse bedingte Ausnahmen.

Danach ist die Lehrstellenvermittlung im allgemeinen nicht mehr in der Lage, besonders seit Herbst 1922, zahlreichen Jugendlichen Lehrstellen nachzuweisen. Die Betroffenen sind gezwungen, gegen ihren eigenen und den Wunsch der Eltern als ungelernete Arbeiter ihren Unterhalt zu suchen.

Zu berücksichtigen ist bei dieser Frage allerdings, daß viele Lehrstellen ohne Vermittlung der Berufsberatungs- und Lehrstellenvermittlungskstellen direkt auf persönliche Empfehlung, Empfehlung und Vermittlung hin besetzt werden. Trotzdem ist es bemerkenswert, daß bereits wieder solche bedrückende Zustände in unserem Wirtschaftsleben bestehen.

Die statistischen Nachweise über diese Verhältnisse werden als äußerst mangelhaft bezeichnet, weil die Herausgabe von Jahresberichten durch die Berufsämter nicht mehr möglich ist.

Im allgemeinen scheint besonders das Klein-gewerbe (das Kleinmeisterium) durch die Zeitverhältnisse genötigt worden zu sein, von der Lehrlings-einstellung mehr als früher Abstand zu nehmen. Einmal spielt (trotz der niederen Sätze) die Entlohnung eine Rolle, dann kommt die Materialsteigerung und die durch Verderben von Rohstoffen und Material entstehenden Verluste in Frage. Sogar der Achtstundentag und der Fort- oder Fachschulunterricht soll viele von der Lehrlingshaltung abschrecken.

Wenn wir freilich die Ergebnisse unserer letzten Statistik in diesem Zusammenhang in bezug auf die Lehrlingshaltung betrachten, so ergibt sich folgendes:

Im Vergleich mit einer Statistik vom Oktober 1920 ist die Lehrlingshaltung im Sattlergewerbe (Handwerksattler) entsprechend dem allgemeinen Rückgang des Gewerbes kaum gläublich zusammengedrumpft.

Im Jahre 1920 wurden in 1525 Betrieben mit 2876 Gehilfen 2 444 Lehrlinge festgesetzt. Im Dezember 1922 jedoch in 2617 Betrieben mit 1239 Gehilfen, nur 642 Lehrlinge. Selbst wenn die Erhebungen verschiedene Mängel hatten, bleibt der rapide Zurückgang des Sattlergewerbes offenkundig in diesen Zahlen.

Im Tapezierergewerbe sieht es ganz so schlimm ja nicht aus, doch ist auch hier eine Abnahme der Lehrlingshaltung um zirka 75 Proz. zu bemerken. Bei den Tapezieren können wir den Vergleich noch weiter zurück mit dem Jahre 1913 vornehmen. Da ergibt sich folgendes Bild:

Im September 1913 wurden in 181 Orten in 2944 Betrieben mit 13 502 Gehilfen 3438 Lehrlinge ermittelt. Im Oktober 1920 in 1966 Betrieben 8706 Gehilfen und 2545 Lehrlinge. Im Dezember 1922

wurden in 2147 Betrieben mit 7432 Gehilfen 1418 Lehrlinge festgesetzt.

Aus diesen Zahlen geht hervor, daß sowohl der Sattler- wie der Tapeziererzweig durch unsere Wirtschaftsverhältnisse sehr gelitten haben. Am schmerzhaftesten offenbar sich das aber im Sattlergewerbe. Kein Zweifel, das Kleinmeisterium ist in den meisten Fällen noch unklar, Lehrlinge halten zu können. Daraus kann auch geschlossen werden, daß die private Lehrstellenvermittlung besonderen Umfang kaum noch haben wird, und daß im allgemeinen die von Dr. H. Sachs konstatierte Tatsache, daß das Angebot von Lehrstellen der Nachfrage in keiner Weise entspricht, richtig ist.

Erhöhung der Erwerbslosenunterstützung.

Die Neuregelung der Erwerbslosenunterstützung mit Wirkung vom 6. August an stellt sich im einzelnen wie folgt: Die Höchstsätze der Erwerbslosenunterstützung betragen in den Orten der Ortsklasse A, B, C, D und E: 1. für männliche Personen a) über 21 Jahre, sofern sie nicht im Haushalt eines anderen leben, 90, 84, 78, 72 000, b) über 21 Jahre, sofern sie im Haushalt eines anderen leben, 75, 70, 65, und 60 000, c) unter 21 Jahren 54, 50, 46, und 42 000; 2. für weibliche Personen a) über 21 Jahre, sofern sie nicht im Haushalt eines anderen leben, 75, 70, 65, 60 000, b) über 21 Jahre, sofern sie im Haushalt eines anderen leben, 60, 56, 52, 48 000, c) unter 21 Jahren 43, 40, 37, 34 000; 3. an Familiensatzhöhe für a) den Ehegatten 33, 31, 29, 27 000, b) für Kinder und sonstige unterstützungsberechtigte Angehörige 27, 25, 23, und 21 000 RM.

Korrespondenzen.

Berlin, (13. 8.) Branchenversammlung der Handwerksattler am 7. August. Kollege Hoffmann macht bekannt, daß in Zukunft in jeder Verbandsversammlung das Mitgliedsbuch vorzulegen ist. Große Unzufriedenheit kommt dann über die schlechten Lohnabschlüsse zum Ausdruck, welche für die Woche vom 30. Juli bis 3. August nur 24 000 Mf. und vom 5. bis 11. August 43 000 Mf. in der Spitze zügelten. Es ergab sich, daß diese Abschlüsse durch das Bureau, ohne Hinzuziehung unserer Lohnkommission und des Vorstandleiters festgelegt worden haben. Es wurde immer gefordert, bei zu geringen Zugehörigkeiten sei der Schlichtungsausschuß anzurufen. Bis jetzt ist das nicht geschehen. Während in der Ledernarenindustrie bereits ein Stundenlohn von 48 000 Mf., der noch als Hungerlohn zu gelten hat, maßgebend war, wurde für einen verheirateten Handwerksattler ein tariflicher Stundenlohn von 24 000 Mf. gezahlt. Trotzdem wir wiederholt die Veröffentlichung unseres jeweiligen Lohnes im Verbandsorgan erklärten, wurde dem bisher nicht nachgegeben. Kein Wunder, man schämt sich. Der Antrag Bouchard, welcher gegen all diese Verhältnisse des Ortsvorstandes Einspruch erhebt und fordert, das nächste ungenügende Zeugnis sei abzulehnen und der Schlichtungsausschuß anzurufen, wurde einstimmig angenommen. Es wurde angeordnet, eine gründliche Agitation unter den Kollegen in den Kleinbetrieben zu beginnen, welche von der Ortsverwaltung eingeleitet ist. In der Branche schweben bereits seit zwei Monaten Verhandlungen über einen Manteltarif. Das Resultat ist noch nicht bekannt. Die Not der Kollegen ist groß. Es gilt, damit Schluß zu machen, die kleinen Branchen vollständig zu überlegen, sonst ist es kein Wunder, wenn es bergab geht.

Karl Bouchard.

Anmerkung: Der Manteltarif ist abgeschlossen. Braunschweig, (6. 8.) Versammlung vom 24. Juli. Kollege Hein berichtet von der Gewerkschaftsförderung, die sich mit der Frage „Die Politik der Großmächte“ befaßte. Es bedürfte noch großer Aufklärung der Arbeiterchaft, um solche Politik verstehen zu können. Ferner, daß ein Betriebssekretär angestellt wird und daß wir dafür noch die nötigen Mittel nachzuschaffen haben. Dann erlattet Hein die Abrechnung vom 2. Quartal. Was sich in der Kasse befindet, ist zu wenig um Kampfgeneration zu sein. Dem Kassierer wird Entlastung erteilt. Dormann rügt die Säumnisse, die keine Verbandszeitung lesen. Erst müßten die Kollegen aufgeklärt werden, ehe es uns besser gehen kann. Andere Kollegen sind gegenwärtiger Meinung und sagen: „Ich kann nur lesen was mir gefällt.“ Folgende Resolution wurde angenommen: „Die Braunschweiger Kollegen verurteilen den Artikel „Eine Nacht“ in Nr. 27 unserer Verbandszeitung und erwarten vom Zentralverband, genau so die Beschlüsse des Verbandstages zu befolgen, wie es von den übrigen Mitgliedern verlangt wird.“ Der 29. Juli war noch Gegenstand sechster Aussprache. Die Mehrheit der Anwesenden war für Verbandsentscheidung am Antifaschistentage. H. H. L. u. g.

Cohnbewegungen und Streiks.

Im eigenen Interesse werden die Kollegen ersucht, vor Arbeitsaufnahme in anderen Orten sich bei der betreffenden Ortsverwaltung über die einschlägigen Verhältnisse zu erkundigen.

Lederwarenindustrie.

Löhne der älteren Facharbeiter.

- Berlin. Bis 9. August 101 300 Mf.
- Bremen. Bis 11. August 65 000 Mf.
- Hamburg. Bis 11. August 67 000 Mf.
- Hannover. Bis 11. August 60 900 Mf.
- München. Bis 10. August 80 000 Mf.
- Nürnberg. Bis 10. August 68 400 Mf.
- Offenbach. Bis 10. August 170 000 Mf.
- Rheinland. Bis 10. August 150 000 Mf.
- Thüringen. Bis 10. August 76 000 Mf.
- Baden. Bis 16. August 136 000 Mf.

Handwerksattler.

- Bezirk Berlin. Ab 12. August 150 000 Mf.
- Bezirk Frankfurt a. d. O. 130 000 Mf. Lehrlinge I: 150 000 Mf., II: 200 000 Mf., III: 300 000 Mf., IV: 400 000 Mf.
- Frankfurt a. M. Bis 14. August 117 750 Mf.
- Baden. Handwerksattler und Tapezierer. Bis 14. August 68 800 Mf.

Zelle- und Plänemacher.

- Berlin. Bis 9. August 100 620 Mf.

Tapeziererlöhne.

- Niederrheinische Postfretbetriebe. Vom 6. bis 11. August Facharbeiter 160 000 Mf., Näherinnen 110 927 Mf., Werkzeuggeld monatlich 30 000 Mf.
- Bezirk Bergisch-Land, Elberfeld-Barmen. Vom 6. bis 11. August 90 000 Mf., Beaufigte 92 810 Mf., Näherinnen 59 750 Mf.

- Effen. Bis 6. August 75 000 Mf.
- Diesfeld. Vom 4. bis 11. August 100 000 Mf.
- Hamburg. Vom 10. bis 16. August 150 000 Mf.
- Hannover. Vom 3. bis 9. August 64 500 Mf.
- Lübeck. Vom 3. bis 9. August 64 000 Mf.
- Nürnberg. Vom 4. bis 10. August 55 670 Mf.
- Flensburg. Vom 2. bis 8. August 67 414 Mf., vom 9. bis 15. August 145 880 Mf.
- München. Vom 3. bis 9. August 85 000 Mf., Schloßwagensellschaft vom 2. bis 8. August 73 000 Mf.

- Frankfurt. Möbelbetrieb: Vom 4. bis 10. August 100 000 Mf., Innungsbetriebe 95 000 Mf.

Deimold. Hier wird Klage geführt über Mißstände bei der Firma Joh. Porath. Wer hier in Arbeit treten will, erkundige sich zuvor bei der Ortsverwaltung.

Karrieresattler.

- Hamburg. Vom 11. bis 17. August 178 700 bis 180 000 Mf.

Rundschau.

Weitere Erhöhungen der Schlüsselzahl für den Buchhandel. Nachdem erst am 7. August eine Erhöhung der Schlüsselzahl von 70 000 auf 80 000 erfolgt war, stieg der Buchhandelsindex bereits am folgenden Tage auf 120 000.

Erhöhung der Postgebühren um das Fünffache. Die postalischen Tariffsätze werden vom 1. September an eine Erhöhung um 500 Proz. erfahren. Doch bedeuten die neuen Sätze nur eine Zwischenstation, da die wertbeständigen Postwertzeichen so gut wie beschaffen sind. Die neuen Marken sind auf dem Friedenssystem aufgebaut und werden mit einer jeweilig veränderten Schlüsselzahl vervielfacht.

Verbandsnachrichten.

(Besprechungen des Vorstandes der Ortsverwaltungen.)

In der Woche vom 20. bis 26. August ist der 34. Wochenbeitrag fällig. Achtet den Beschluß des Verbandstages: Ein Stundentlohn! Ein Wochenbeitrag!

Um den Bestimmungen des § 6 nachzukommen, müssen folgende neue Beitragsklassen ausgeschrieben werden:

| Bei- stufe | Bei einem Tarif- stundenlohn | Hauptbeitrag Mf. | Lokalbeitrag Mf. |
|------------|------------------------------|------------------|------------------|
| 69 | 132 000—153 999 | 120 000 | 12 000 od. 6 000 |
| 70 | 154 000—175 999 | 140 000 | 14 000 " 7 000 |
| 71 | 176 000—199 999 | 160 000 | 16 000 " 8 000 |
| 72 | 200 000—229 999 | 180 000 | 20 000 " 10 000 |
| 73 | 230 000—269 999 | 210 000 | 20 000 " 10 000 |
| 74 | 270 000—299 999 | 240 000 | 30 000 " 15 000 |
| 75 | 300 000—329 999 | 270 000 | 30 000 " 15 000 |
| 76 | 330 000 u. höher | 300 000 | 30 000 " 15 000 |

Seider ist durch Fehlen der Lokalbeitrag bei der 72. Klasse statt mit 20 000 irrtümlich mit 18 000 angegeben. Es bleibt den Orten überlassen, dies entsprechend zu korrigieren.

Die Verwaltungsstellen werden ersucht, dort, wo diese Lohnsätze erreicht werden, sofort die Bestellung der Marken aufzugeben, da eine allgemeine Verlebung nicht mehr stattfinden kann. Der niedrigste Beitrag für Lehrlinge beträgt ab 34. Woche 1000 Mf.

Bei Nachzahlung von rückständigen Beiträgen muß mit der Geldentwertung gerechnet werden. Der Vorstand empfiehlt deshalb den Verwaltungsstellen, alle nachzuzahlenden Bei-

träge, die länger als 3 Wochen zurückliegen, nicht in dem niedrigen Beitrag, der für diese Wochen bei sofortiger Zahlung maßgebend war, anzunehmen, sondern für diese nachzuzahlenden Wochen den niedrigsten Beitrag der letzten drei Wochen, der für das Mitglied in Frage kam, zu erheben. Der Vorstand. J. A. P. Blum.

Fünfundzwanzig Jahre Verbandsmitglied!

Im laufenden Jahre gehören unsere Kollegen Josef Zandt, Bruno Mattes, Heinrich Söhle und Hermann Hasenfuß 25 Jahre unserem Verbands an.

Söhle war bis zur letzten Generalversammlung 14 Jahre erster Vorsitzender unserer Filiale und Hasenfuß kam noch dieses Jahr auf eine 25jährige Tätigkeit als erster Kassierer zurückblicken.

Diesen unseren vier Jubilaren, die vielen Kollegen zum Vorbild dienen können, weil sie in der Gewerkschaftsbewegung immer mit an vorderster Stelle standen, wünschen wir im Namen der Mannheimer Mitglieder, daß sie sich noch Jahrzehnte hindurch einer vollen Gesundheit erfreuen mögen.

Die Ortsverwaltung Mannheim.

Wer kennt die Adresse des Kollegen Kötzige, Sattler? Bekter Aufenthalts Roskoff in Thüringen? Der sende sie an die Ortsverwaltung in Deimold. Sein Roskoff ist von oben angegebener Adresse retourgekommen.

Versammlungskalender.

Bremen. Sonntabend, den 18. August, abends 7 Uhr, Zimmer 26/27.

Chemnitz. Sonntabend, den 18. August, abends 7 Uhr, im Ballsaal Zweiningers, Volkerverammlung (Vortrag).

Kiel. 20. August, abends 7 Uhr, Gewerkschaftshaus, Krankenkassenversammlung, und um 8 Uhr Mitgliederversammlung.

Köln a. Rh. Mittwoch, den 22. August, abends 7 Uhr, Vortshaus, Saal 1. Volkerverammlung. Vortrag: Wertständige Löhne.

Hamburg. Freitag, den 17. August, abends 7 1/2 Uhr, Gewerkschaftshaus, Café. Vortrag: Wertständige Löhne.

Sterbefaßel.

Offenbach a. M. Am 28. Juli verstarb unser langjähriger Mitglied, Zuschneider Franz Christian Kranz, im 50. Lebensjahre.

Am 5. August verstarb unser Mitglied Heinrich Winter aus Kl. Alheim.

Ehre ihrem Andenken!

Zentral-Nranken- und Sterbekasse der Tapezierer und verw. Berufsgenossen Deutschlands (Erlitzkaffe) Sitz Hamburg.

Dart bedrängt die rasende Geldentwertung alle Kreise unseres Wirtschaftslebens. — Auch die Krankenversicherung muß, um sie ihre Aufgaben zeitgemäß erfüllen, ihre Beiträge und Leistungen fortlaufend der Geldentwertung anpassen. Veranlaßt durch die Zeitumstände und gezwungen durch neue gesetzliche Bestimmungen traten ab 1. August 1923 folgende Änderungen unserer Kasse in Kraft:

Das Eintrittsgeld einschließlich Witalienbuch und Säkung beträgt bis zum 50. Lebensjahr 10 000 Mf., nach vollendetem 50. Lebensjahr 40 000 Mf.

| Klasse | Grundlohn | Beitrag | Krankengeld | | Sterbegeld |
|--------|------------------------|------------|-------------|---------------|---------------|
| | | | pro Tag | pro Woche | |
| 1 | bis 10 000 Mf. täglich | 3 500 Mf. | 6 000 Mf. | = 42 000 Mf. | 250 000 Mf. |
| 2 | " 40 000 " | " 1 400 " | " 2 400 " | = 168 000 " | " 1 000 000 " |
| 3 | " 80 000 " | " 26 000 " | " 36 000 " | = 252 000 " | " 1 500 000 " |
| 4 | " 100 000 " | " 26 000 " | " 48 000 " | = 336 000 " | " 2 000 000 " |
| 5 | " 120 000 " | " 35 000 " | " 48 000 " | = 336 000 " | " 2 000 000 " |
| 6 | " 120 000 " | " 42 000 " | " 72 000 " | = 504 000 " | " 2 500 000 " |
| 7 | " 150 000 " | " 52 500 " | " 96 000 " | = 672 000 " | " 3 200 000 " |
| 8 | " 180 000 " | " 63 000 " | " 120 000 " | = 840 000 " | " 4 000 000 " |
| 9 | " 240 000 " | " 84 000 " | " 168 000 " | = 1 176 000 " | " 6 000 000 " |

Für kleine Beilmittel wird der dreifache Betrag des Grundlohnes jeder Beitragsklasse gewährt.

Bei Krankenhauslügen erhalten die Angehörigen das halbe Krankengeld, der Versicherte außerdem den 1/3fachen Betrag seines Beitrags als persönlichen Aufschlag.

Das Sterbegeld wird nach schätzbarer Mitalienhaft in allen Klassen um 10 Proz. erhöht. — Bei Entlassungen wird die Wochenhilfe nach den neuen gesetzlichen Bestimmungen geleistet. Die Erkrankstellung der Kasse befreit antwortungsgemäß von der Krankenmittellieferung bei der Orts- resp. Filialkaffe.

Beiträge und Leistungen der Aufschabteilung B.

| Klasse | Beitrag | pro Tag | pro Woche | Sterbegeld |
|--------|-----------|------------|---------------|-------------|
| 1 | 5 000 Mf. | 16 500 Mf. | = 115 500 Mf. | 625 000 Mf. |
| 2 | 10 000 " | 33 000 " | = 231 000 " | 1 250 000 " |
| 3 | 15 000 " | 49 500 " | = 346 500 " | 1 875 000 " |
| 4 | 20 000 " | 66 000 " | = 462 000 " | 2 500 000 " |

Das Krankengeld wird in beiden Abteilungen für 80 Wochen in jedem Krankheitsfalle gewährt, in der Erkrankstellung auch volle Krankentage für diese Zeit.

Wie erlassen die Witalienbuch und Berufsgenossen, von der höchsten Qualifikation, die Verwendung in unserer Kasse Gebrauch zu machen und dadurch eine zeitgemäße Krankenversicherung zu sichern.

Aufnahmen in die Kasse erfolgen in jedem anderen Orte durch die Ortsverwaltungen; sonst durch die Hauptverwaltung Hamburg 1, Gewerkschaftshaus, Zimmer 44. In allen Orten des Reiches kann die Witalienbuch in unserer beruflichen Zentralkrankenkasse erworben und aufbewahrt werden.

Der Vorstand. J. A. G. Mann.

Gerants, Redakteur: S. Becker, Berlin. Verlag: G. Mann, Berlin. Druck: Societäts Buchdruckerei und Verlagsanstalt Paul Singer & Co., Berlin SW. 68, Unter den Eichen 13.

Wir suchen zum sofortigen Eintritt

mehrere tüchtige, jüngere Portefeuller,

die auf Damen-, Gold- und Brief-taschen durchaus gut eingearbeitet sind, in angenehme Dauerstellung.

Lederwaren- u. Sammeten-Fabrik, Alf.-Gef., Nagen, Cuxenstraße

Werkzeuge

J. Sattler, Portefeuller u. Tapezierer

Liefert preiswert und in bester Qualität

O. v. Wantoch, Hamburg,

Schleidenplatz 181.

Filiale Kiel.

Sonntabend, den 25. August 1923, abends 6 Uhr, in der „Pisra“, Ederförder Allee

26. Stiftungsfest

verbunden mit Ainerbergnügen.

Bur Verlosung kommt als 1. Preis eine Gaskelouque.

Ab 8 Uhr: Ball.

Alle Kollegen und unserer Filiale angeschlossenen auswärtigen Mitglieder und deren Angehörigen und Bekannten sind herzlich eingeladen.

Das Komitee.

Filiale Dresden.

Dienstag, den 21. August 1923, abends 8 Uhr, in den Annenbuden Fischhofplatz

außerordentliche Generalversammlung.

Tagesordnung:

1. Geschäfts- u. Aussenbericht vom 11. Quart. 23.
2. Renovat eines Diszbeamteten. 3. Wagemines Die Vertriebsbertrauensleute u. Vertriebsstellen haben für gut, Besuch b. Verammlung zu fordern. Die neuen Geschäftsstelle sind in der Verammlung in Entschung zu nehmen. Mitgliederbücher u. -lari. sind am Sendeingang zwecks Abstempele vorzugeben. Der Vorstand.

Filiale Breslau.

Sonntag, den 19. August 1923

Familienausflug

nach Friedenthal bei Elßner. Abfahrt 1,30 Endstation der elektr. Straßenbahn Mattiänsstraße. Die Ortsverwaltung.

Jungen tüchtigen Portefeuller

durchaus selbständig, für sofort bei hohem Gehalt sucht

Fritz Beyer,

Fabrikation feiner kunstgewerblicher Lederwaren

Weimar, Marktstraße 2